



Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

Südafrika: Keine Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern –
34 Tote nach Polizeieinsatz in Marikana.
Schweizer Xstrata mitverantwortlich

Südafrika ist erschüttert: Am 16. August starben in Marikana bei Rustenberg mindestens 34 Arbeiter im Kugelhagel der Polizei, und weitere 78 wurden verwundet, als die Polizei eine Versammlung von streikenden Mineuren des Bergbauunternehmens Lonmin auflösen wollte. Mit dem Streik versuchten die Arbeiter, ihrer Forderung nach Lohnerhöhungen Nachdruck zu verleihen. Lonmin (ehemals Lonrho) mit Sitz in London ist der drittgrösste Platinproduzent weltweit und beschäftigt in Südafrika rund 35'000 Menschen; und 25 Prozent der Lonmin-Aktien gehören dem in Zug domizilierten Bergbaugiganten Xstrata.

Die 3000 streikenden Mineure, deren Gewerkschaft von Lonmin nicht anerkannt wird, verlangen eine Lohnerhöhung von 4'000 auf 12'500 Rand (von 400 auf 1'250 Franken). Bereits im Vorjahr war es in einem anderen Werk des Unternehmens zu Arbeitskämpfen gekommen, die von Lonmin mit der Entlassung von 9'000 Arbeitern beendet wurden. Die meisten der Betroffenen wurden wieder eingestellt, jedoch in vielen Fällen ohne feste Arbeitsverträge.

In zahlreichen Kommentaren zu den Ereignissen wird darauf hingewiesen, dass die Firma zwar von Corporate Social Responsibility spricht, sich aber einen Deut um die Lebensbedingungen der Arbeiter kümmert. Sie entledigt sich ihrer Verantwortung für die Belegschaft, indem sie immer weniger Festangestellte beschäftigt und statt dessen auf Arbeitsvermittlungsfirmen zurückgreift. Viele der Arbeiter leben mit ihren Familien in informellen Siedlungen, die in den letzten Jahren rund um Rustenberg entstanden sind. Dort fehlt es an den grundlegendsten Einrichtungen. Trotz der hohen Inflation sind die Löhne während Jahren nicht erhöht worden. Zudem müssen vom Lohn eines Arbeiters im Durchschnitt acht Personen leben. Dies bei ständig steigenden Kosten für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Gesundheit, Bildung oder Transport. Für die Arbeiter gibt es keinen anderen Ausweg als den Arbeitskampf.

Lonmin gehört wie die meisten in Südafrika tätigen Bergbauunternehmen einem international tätigen Unternehmen. Dessen Management weigerte sich, das Gespräch mit den Streikenden aufzunehmen, wie von diesen verlangt wurde, auch dann, als es bereits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen war. Stattdessen riefen sie die Polizei. Auch nach der Tragödie beharrt das Unternehmen darauf, dass die Mineure an die Arbeit zurückkehren, und ist nicht bereit, mit dessen Vertretern über die berechtigten Forderungen zu verhandeln. Mit einem Anteil von 25 Prozent an Lonmin ist Xstrata für diese verhängnis-

volle Politik mitverantwortlich. Es ist stossend, dass auch nach dem Ende der Apartheid eine Schweizer Firma in Südafrika beteiligt ist, wenn es um die Verweigerung sozialer und demokratischer Rechte geht.

Dass Xstrata nicht jenes sozial verantwortliche Profil aufweist, mit dem sich der transnationale Konzern gerne schmückt, hat sich im Frühjahr in Espinar in Peru gezeigt. Dort kamen bei Protesten der betroffenen Gemeinden gegen die Xstrata-Mine zwei Menschen ums Leben und zahlreiche wurden verletzt. Die AnführerInnen der Protestbewegung, darunter der Bürgermeister, wurden zudem mit haltlosen Klagen eingedeckt, trotzdem drohen ihnen mehrjährige Gefängnisstrafen. Xstrata schweigt.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen bei den Lonmin-Minen ist auch Kritik an den politischen Verhältnissen in Südafrika angebracht. Die KEESA will diese zur Sprache bringen und wird dieses Thema am 21. und 22. September an einer Tagung anlässlich von 100 Jahren ANC mit ausgewiesenen Gästen aus Südafrika aufgreifen.

Basel, 23.8.2012

Für weitere Auskünfte:

Barbara Müller, KEESA, Tel. 079 601 74 17

Informationen zur Tagung vom 21./22. September finden sich auf der Homepage:

www.apartheid-reparations.ch

Die KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika) wurde 1998 von Hilfswerken und anderen Nichtregierungsorganisationen gegründet. Sie will bewirken, dass die Schweiz die Verantwortung für ihre Verstrickung mit dem Apartheid-Regime übernimmt, und setzt sich für die Entschädigung der Opfer der Apartheid ein.